LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/12859**

08.09.2016

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11707

Stahlstandort NRW sichern – strategische Industrie für die Wirtschaft von morgen

Berichterstatter: Georg Fortmeier SPD

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 16/11707 - wird angenommen.

Datum des Originals: 08.09.2016/Ausgegeben: 12.09.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/12859**

08.09.2016

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11707

Stahlstandort NRW sichern – strategische Industrie für die Wirtschaft von morgen

Berichterstatter: Georg Fortmeier SPD

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 16/11707 - wird angenommen.

Datum des Originals: 08.09.2016/Ausgegeben: 12.09.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde durch Plenarbeschluss vom 20. April 2016 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk zur Federführung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Europa und Eine Welt und an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen.

Mit dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll der Landtag die Landesregierung auffordern,

„- sich insbesondere für eine europäische Außenhandelspolitik einzusetzen, die der beschriebenen Dumping-Strategie der chinesischen Stahlproduzenten wirkungsvoll begegnet. Wenn miserable Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung und mangelhafte Umweltstandards in Verbindung mit subventionierten Finanzierungsmöglichkeiten für chinesische Unternehmen Preisvorteile auf dem Weltmarkt bedeuten, ist weder den Menschen noch der Umwelt gedient. Diesem unfairen und ruinösen Wettbewerb muss die EU durch Maßnahmen wie den derzeit erhobenen Strafzöllen und durch eine kritische Prüfung der Frage der Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft im Rahmen der WTO entgegentreten.

- sich mit Nachdruck in Berlin und Brüssel für den Erhalt einer starken Stahlindustrie einzusetzen. Nur eine wettbewerbsfähige Stahlindustrie kann sich substanzerhaltende und zukunftssichernde Investitionen sowie eine nachhaltige Forschung und Entwicklung leisten. Anders wird es nicht möglich sein, dass die Stahlindustrie auch in Zukunft ein Treiber für Innovationen bleibt. Nur so können die hochwertigen Arbeitsplätze in der deutschen Stahlindustrie für die Zukunft nachhaltig gesichert und der Wohlstand unseres Landes weiter gewährleistet werden.

- sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die angestrebten und notwendigen Klimaschutz-Maßnahmen Carbon-Leakage vermeiden. Besonders effiziente Stahlwerke dürfen durch den Emissionsrechtehandel nicht mit zusätzlichen Kosten belastet werden. Insbesondere die Benchmarks müssen abhängig vom technologischen Fortschritt sofestgelegt werden, dass diese technisch und wirtschaftlich erreicht werden können. Insbesondere sollte die erst für 2019 vorgesehene sog. Carbon-Leakage-Liste, mit der Ausnahmebranchen für den Emissionszertifikatehandel festgelegt werden, bereits 2017 vorgelegt werden, um frühzeitig sichere Rahmenbedingungen für die Stahlindustrie zu schaffen. Zudem ist sicherzustellen, dass CO2-Emissionen, die bei der Verstromung von Restprodukten (u.a. Kuppelgasen) entstehen, vollumfänglich kostenlos allokiert werden. Dabei müssen auch die Vorprodukte einbezogen werden. Weiterhin müssen die indirekten Kosten kompensiert werden.“

B Beratung

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk hat den Antrag in seiner Sitzung am 4. Mai 2016 erstmals beraten und beschlossen, die abschließende Beratung nach Vorlage des Votums der mitberatenden Ausschüsse durchzuführen.